

Pflichtversicherung für Beamte: AOK PLUS fordert Wahlfreiheit

02.10.2017, Thüringen

"...Die Verbeamtung von 2.000 vorher tariflich angestellten Lehrern in Thüringen per 1. Oktober soll deren Abwanderung in andere Bundesländer verhindern..."

Die Verbeamtung von 2.000 vorher tariflich angestellten Lehrern in Thüringen per 1. Oktober soll deren Abwanderung in andere Bundesländer verhindern, war eine aktuelle Nachricht vom Wochenende.

Vorausgegangen war diesem Akt eine aufwändige Gesundheitsprüfung. Genau die Hürde hat einigen der Anwärter die Beamtenlaufbahn allerdings von vornherein verbaut. "Die Tatsache, dass die private Krankenversicherung sich faktisch die "Rosinen herauspickt", ist zwar nicht neu, wird an diesem Beispiel in ihrer Ungerechtigkeit aber gerade wieder mal sehr deutlich, sagt Rainer Striebel, Vorstandsvorsitzender der AOK PLUS.

Heute müssen Beamte auf ihre kompletten Beihilfeansprüche verzichten, wenn sie in die Gesetzliche Krankenversicherung wechseln wollen. Den Arbeitgeberzuschuss zur Krankenversicherung zahlt der Staat (im Thüringer Fall der Freistaat) nur Mitgliedern der Privaten Krankenversicherung.

Neben der steuerfinanzierten Beihilfe sollte es für Beamte daher grundsätzlich die Alternative eines Arbeitgeberzuschusses zur GKV geben, meint Striebel.

"Hamburg macht es vor und will ab 2018 die Wahlfreiheit für seine neuen Beamten einführen. Der rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen stünde es gut zu Gesicht, wenn sie diesen Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit ebenfalls einschlägt", so Striebel weiter. "Lehrer haben eine hohe Verantwortung und müssen viel Energie in die Ausbildung unserer Kinder stecken. Da sollten sie sich nicht noch mit unnötigen Hürden in ihrer Krankenversicherung auseinandersetzen müssen."